



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2020

Valentin König

**Die Rolle von
Interessengruppen in der UN-
Klimapolitik – die Entwicklung
des Zugangs seit Kyoto.**

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars Colschen
2020

Inhaltsverzeichnis

Eigenständigkeitserklärung	1
Abkürzungsverzeichnis	2
1. Die 25. UN-Klimakonferenz	3
2. Die UN-Klimapolitik seit dem Kyoto-Protokoll 1997	8
2.1 Der Weltklimarat (IPCC) – ein einzigartiges Organ?	9
2.2 Das Kyoto-Protokoll – ein Meilenstein?	9
2.3 Die Millennium Development Goals – ein erstes Paket.....	10
2.4 Die Sustainable Development Goals – eine Weiterentwicklung?	11
2.5 Das Paris-Agreement – ein Zeichen globaler Verantwortung?	12
3. Interessenvermittlung in der UN-Klimapolitik – theoretische Konzepte	13
3.1 Global Governance.....	14
3.2 Analogien und Unterschiede zum Lobbying in der EU	15
3.3 Inside(r) versus Outside(r) Lobbying	16
3.4 Transnationale Aspekte	17
4. Einflussfaktoren auf die UN-Klimapolitik	17
4.1 Arten der Lobby-Arbeit im UN-Umfeld	18
4.2 Wandel im Zugang	19
5. Zusammenfassung, Interpretation und Diskussion der Ergebnisse	21
6. „Fridays for Future“ und die UN – ein Ausblick	23
7. Literaturverzeichnis	26

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Bachelorarbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, den 9. Januar 2020

Valentin König

Abkürzungsverzeichnis

COP	Conference of the Parties/UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention
EU	Europäische Union
FFF	Fridays for Future(-Bewegung)
IG(s)	Interessengruppe(n)
IO(s)	International Organisation(s)/Internationale Organisation(en)
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change/„Weltklimarat“
MDG(s)	Millennium Development Goal(s)
NGO(s)	Non-governmental Organisation(s)/Nichtregierungsorganisation(en)
PA	Paris Agreement
SDG(s)	Sustainable Development Goal(s)/Ziele für nachhaltige Entwicklung
TNA	Transnational Access
UN	United Nations/Vereinte Nationen
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development/Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change/Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen

1. Die 25. UN-Klimakonferenz

Am 23. September 2019 fand der Klimagipfel der United Nations (UN)¹, der „UN Climate Action Summit 2019“, in New York statt. Der Gipfel, der anlässlich und im Vorfeld der UN-Klimakonferenz (Conference of the Parties, COP) ausgerichtet wurde, gab einer Reihe von (jungen) klimapolitisch engagierten Menschen eine Bühne – darunter auch Greta Thunberg. Diese Gelegenheit nutzte sie, um den Zuhörern² aus aller Welt, insbesondere den Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Folgendes eindrücklich klar zu machen: „People are suffering. People are dying. Entire ecosystems are collapsing. We are in the beginning of a mass extinction and all you can talk about is money and fairytales of eternal economic growth. How dare you!“ (NBC News, 2019). Die 25. COP selbst, die im Folgemonat in Madrid abgehalten wurde, war das vierte Treffen nach dem Paris-Agreement und die 15. Zusammenkunft nach Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls im Jahre 2005. Seitdem besagtes Protokoll 1997 beschlossen wurde, schnürten die UN zwei große Entwicklungszielpakete, die *Millennium Development Goals* (MDGs) und die *Sustainable Development Goals* (SDGs). Die COP-25 förderte dann jedoch wenig Nennenswertes zu Tage. Darin waren sich Vertreter der teilnehmenden Staaten, von Nichtregierungsorganisationen (NGOs)³ und auch der Presse einig (Bauchmüller, 2019). Vor diesem Hintergrund soll in dieser Arbeit die Frage beantwortet werden, wie sich der Einfluss von Interessengruppen (IGs) auf die UN verändert hat, spielen doch in den letzten Jahren gerade NGOs und klimaaktivistische Gruppen medial eine große Bedeutung im global-klimapolitischen Bild und werden in Verbindung gebracht mit positivem Engagement für nachhaltiges Handeln und Forderungen nach einer zukunftsfähigen, schnell umgesetzten Klimapolitik. Auch Unternehmen, die als finanzstarke Teile von Lobbygruppen ebenso Einfluss auf die Politik üben, werden medial in den Fokus gerückt und oft von ihnen, wie auch von kapitalismuskritischen Gruppierungen für ihr gewinnstrebendes Handeln gerügt.

¹ Um Einheitlichkeit zu schaffen, wird in der Arbeit konsequent von den „United Nations“ gesprochen, statt zwischen dem englischen und dem deutschen Begriff der „Vereinten Nationen“ hin und her zu wechseln. Entsprechend findet auch die Abkürzung UN Anwendung und nicht das deutsche Äquivalent VN. Die ebenfalls häufig verwendeten Bezeichnungen „United Nations Organization (UNO)“/„Organisation der Vereinten Nationen“ schließt dies ebenfalls mit ein. Die im Abkürzungsverzeichnis ausnahmsweise erwähnten deutschen Begriffe dienen der Einheitlichkeit bei der Übersetzung.

² Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird auf die geschlechtsspezifische Schreibweise verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen in dieser Arbeit sind somit geschlechtsneutral zu verstehen.

³ „Generell sind unter dem Begriff alle internationalen Organisationen zu verstehen, die nicht durch ein öffentliches Mandat legitimiert sind.“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2017)

Das soeben zitierte aussagekräftige Statement der jungen Schwedin macht zweierlei deutlich: erstens führt es den Zuschauern die Drastik der Situation um den Klimawandel vor Augen, zweitens macht sie damit kurz und knapp klar, dass wirtschaftliche Interessen einen großen Einfluss auf die verheerende weltklimatische Lage ausüben. Dieser Punkt wird auch in der Literatur thematisiert; Anthony Giddens beispielsweise macht dies in seinem vielzitierten Werk „The Politics of Climate Change“ (Giddens, 2011) deutlich. Auch, wenn man die inhaltliche Relevanz dieser Warnung beiseitelässt, fällt auf: Der Kontext, in dem diese Aussage entstand, zeigt einen Wandel. Den zu untersuchen hat sich diese Arbeit unter anderem zum Ziel gesetzt. Dieser Wandel, so wird angenommen, besteht darin, dass insbesondere Nichtregierungsorganisationen – neben anderen Interessengruppen – über die Jahre mehr Einfluss bei internationalen Organisationen, in diesem Falle den UN, gewonnen haben. Bezogen auf aktuelle Entwicklungen zeigt sich dieser Wandel darin, dass Greta Thunberg, beziehungsweise die *Fridays for Future*-Bewegung (FFF), seit Entstehen der Bewegung im Sommer 2018 zunehmend an Bedeutung gewonnen und entscheidend zur Debatte um den Klimawandel beigetragen haben.

Die beiden Aspekte gaben auch mir den Anlass zu dieser Arbeit und dazu, mich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Herausforderungen des Klimawandels als drängendstes Problem unserer Zeit waren ein Anreiz für mich dazu, diesem Feld ebenfalls in wissenschaftlichem Kontext Aufmerksamkeit zu schenken. Die Teilnahme an Vorlesungen und verschiedenen Konferenzen unter anderem zum Klimawandel, der Energiewende sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN – inklusive der Mitarbeit und an einer Konferenz zum Thema „Towards Sustainable Futures: Facing Global Challenges Today“ – während meines Auslandsstudiums an der Universität Bergen in Norwegen festigten den Wunsch, hierzu eine Arbeit zu verfassen. Die Eindrücke und das Wissen, das durch Vorträge von internationalen Akademikern zu unterschiedlichsten Themen in dem Feld der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik vermittelt wurde, trugen gleichermaßen dazu bei.

„The popular idea of cutting our emissions in half in 10 years only gives us a 50 percent chance of staying below 1.5 degrees and the risk of setting off irreversible chain reactions beyond human control.“ (NBC News, 2019) Auch diese Aussage Thunbergs verdeutlicht, dass mit ihr – und damit der FFF-Bewegung – ein Akteur auf die weltpolitische Bühne getreten ist, der mit der klaren Sprache und faktenbasierten Aussagen dem konsensorientierten Weg-des-geringsten-Widerstands-Vokabular der Politiker gegenübersteht. Keineswegs sollen an die junge Frau dadurch „Messias-gleiche“ Erwartungen gestellt werden. Gleichwohl muss betont werden, dass hier eine Bewegung, die

wohlgermerkt von einer Einzelperson ausgehend erwuchs, innerhalb kurzer Zeit global – sowohl politisch als auch gesellschaftlich – an Relevanz gewann und einen Platz auf der weltpolitischen Bühne einnahm. Selbst der UN-Generalsekretär António Guterres ließ es sich daher beim UN Climate Action Summit im September nicht nehmen, sich bei den jungen engagierten Gästen auf der Bühne zu bedanken. Er honorierte und lobte ihren Einsatz und ihre Hingabe mit folgenden Abschlussworten:

Well, I would like to thank our three distinguished guests of this morning very much for their very eloquent testimony and to say that what is amazing in today's youth's movement is not only that they are leading the gaining of conscience, the raising of awareness, making sure that the whole world becomes committed to climate action; but that they are also on the ground, working to provide solutions and we heard testimonies that are very important about what young people are doing to do what needs to be done in order for climate action to be rooted in the action across the world. And so, I believe it's the duty of all decision makers in the world not only to listen to the voice of young people and to do what they ask us to do but also to support them in their own action for climate action around the world. Thank you very much to all of you. (Guterres, 2019)

Den raschen Erfolg von FFF im Hinterkopf, betrachtet diese Arbeit also die Entwicklung der Verbindung von Interessengruppen und der Klimapolitik der UN. Sie zeigt auf wie sich die politischen Inhalte und Agenden seit 1997 entwickelten und wie sich im selben Zeitraum der Zugang von Interessengruppen zu den UN wandelte. Aus der Betrachtung dieser beiden Entwicklungen soll jedoch keine Kausalität gebildet werden, ist es doch insgesamt schwierig, die genaue (Aus-)Wirkung der jeweiligen Maßnahmen auf die Politik aufzuzeigen. Vielmehr bietet die einleitende Darstellung der politischen Projekte der UN einen überblicksartigen Rahmen für das Geschehen in diesem Politikfeld. Kritisch hinterfragt und beurteilt werden die Maßnahmen indes durchaus. Danach werden theoretische Ansätze der internationalen Beziehungen erläutert, die für den Bereich der Interessengruppenforschung im Kontext internationaler Organisationen entwickelt wurden, beziehungsweise hier entstanden. Anschließend geht der Text auf den konkreten Fall der UN ein, bevor die Ergebnisse zusammengefasst werden und ein Ausblick gegeben wird.

Folgende Hypothesen werden für die Arbeit aufgestellt:

- (1) Nicht-Regierungsorganisationen sind – nicht zuletzt wegen der geringeren finanziellen Mittel – auf öffentlichkeitswirksame Maßnahmen angewiesen, denn diese sind zumeist mit geringeren finanziellen Ressourcen zu bewältigen.
- (2) Im Zugang von Interessengruppen zu den UN hat in den vergangenen Jahren ein Wandel stattgefunden.

(3) Fraglich ist, ob der Wandel im Zugang Auswirkungen auf das Vorgehen hatte, daher lautet die dritte Hypothese: Nicht-Regierungsorganisationen könnten mit zunehmendem Einfluss die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen reduziert haben, weil sie im – ab einem gewissen Punkt auch für sie durchführbaren – *Inside(r) Lobbying* effizientere Wege gesehen, gesucht und etwaig gefunden haben.

(4) Der Wandel im Zugang legte einen Grundstein für den (potenziellen, weiteren) Erfolg von *Fridays for Future*.⁴

Die Arbeit bedient sich zur Beantwortung der gestellten Fragen und der Validierung beziehungsweise Falsifizierung der aufgestellten Hypothesen folgender Theorien, respektive theoretischer Konzepte und Modelle: des *Global Governance* Ansatzes (inkl. Bezugnahme auf die *Klimagovernance*), der Gruppierung in *Inside(r)* und *Outside(r) Lobbying* – unter anderem erklärt von Weiler & Brändli (2015) – und der Theorie des *transnational access*, wie er von Tallberg et al. (2013) erläutert wurde. Zudem findet auch das Konzept der *transnationalen Dienstleistungen* Erwähnung.

Zur Beantwortung wird zunächst die Klimapolitik der UN seit dem Kyoto-Protokoll beschrieben. Hierbei wird insbesondere der Fokus auf die Vertragsstaatenkonferenzen und die beiden großen Entwicklungszielpakete, die „Millennium Development Goals“ und die „Sustainable Development Goals“, gelegt. Diese Hinführung zum Thema dient einerseits der Einordnung des politischen Handelns der United Nations im Politikfeld „Klima“, andererseits soll hierdurch aufgezeigt werden, welche inhaltlichen Veränderungen passierten und wo sich für die klimapolitischen Lobby-Akteure eine „Angriffsfläche“ bot/bietet. Erklärt werden soll – die abhängige Variable der Arbeit bildet also – der Wandel im Zugang von Interessengruppen zu den UN. Dieser Wandel würde seinen logischen Endpunkt erreichen, wenn IGs schlussendlich einen Sitz bei den UN erhielten.

Die Forschungsfrage dieser Arbeit lautet demnach wie folgt: *Wie hat sich der Zugang von Interessengruppen im Bereich Klima(schutz)politik zu den UN seit der Klimakonferenz in Kyoto 1997 entwickelt?*

Den Beginn des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit bildet der Beschluss des Kyoto-Protokolls im Rahmen der 3. Vertragsstaatenkonferenz (COP-3) zur Klimarahmenkonvention (UNFCCC) 1997. Dieser Beschlussfassung waren Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten vorausgegangen und mit diesem Tag begannen

⁴ Die vierte Hypothese soll nur am Rande *in* der Arbeit diskutiert werden und bildet in erster Linie die Basis für einen Ausblick im Schlussteil.

Implementierungsprozesse. Diese und das Protokoll legten die Basis für viele weitere politische Schritte auf UN- und internationaler, klimapolitischer Ebene.

Eine Einbettung der Thematik in den aktuellen Forschungsstand zeigt: Zum Thema wurden diverse Arbeiten geschrieben, die verschiedene Bereiche genauer abdecken, wie auch aus der Diversität der Quellen hervorgeht, die in dieser Arbeit Verwendung finden. Dieser Text soll nun wesentliche Aspekte zusammenführen. Die englischsprachige Literatur zu Lobbying⁵ im Umfeld internationaler Organisationen ist in den vergangenen Jahren am stärksten auf die Europäische Union (EU) fokussiert, wo die breiteste Debatte stattfindet (Dür & Mateo, 2012; Rest, 2011). Daher werden in dieser Arbeit Analogien gebildet zwischen den Strukturen des politischen Lobbyings in der EU und dem im Umfeld der UN. Nachdem es sich bei beiden um internationale Organisationen handelt, ist das Vorgehen von Lobbyakteuren in deren Umfeld vergleichbar. Zu den UN und Interessengruppen in ihrem Umfeld existiert seit Jahren Forschung, auch bereits vor Kyoto. Auch auf Forschungserkenntnisse aus den Jahren zuvor wird daher Bezug genommen, legten sie doch den Grundstein für neuere Erkenntnisse. Im Bereich der Umweltpolitik hat sich nunmehr seit Jahren besonders der Forscher Ken Conca einen Namen gemacht. Er hat viele Werke (mit Bezug) zum Thema Umweltpolitik im Umfeld internationaler Organisationen verfasst und herausgegeben. So schrieb er beispielsweise den Artikel „Greening the United Nations: Environmental Organisations and the UN System“ (Conca, 1995) und gab das Buch „Green Planet Blues: Critical Perspectives on Global Environmental Politics“ zusammen mit dem Kollegen Dabelko, unter Mitwirkung verschiedener anderer Forscher, heraus (Conca & Dabelko, 2015). Sein neuestes Buch zum Thema heißt „An Unfinished Foundation: The United Nations and Global Environmental Governance“. Es wird hier in der Arbeit zitiert und mit Hilfe von Reviews eingeordnet (Conca, 2015; Pellow, 2016; Vogler, 2016). Auch das Buch von Anthony Giddens (s.o.) wurde seither häufig im Feld der Klimapolitik herangezogen. Tallberg et al. schrieben die viel beachtete Studie über den *transnational access* von nichtstaatlichen Akteuren zu IOs (s.o.), die unter anderem eine theoretische Grundlage für diese Arbeit bildet.

⁵ „Lobbyismus (L.) ist der systematische und ständige Versuch wirtschaftl., gesellschaftl., sozialer oder auch kultureller → Interessen, auf den polit. Entscheidungsprozess Einfluss zu nehmen. Der Begriff ist abgeleitet von *Lobby* (engl. für Vorhalle des Parlaments), in der Interessenvertreter ursprünglich ihrer Tätigkeit nachgingen, Kontakte zu Parlamentariern zu knüpfen, Informationen auszutauschen und Unterstützung (häufig materieller Natur) anzubieten, zu erhalten oder zu verweigern (*Lobbying*).“ (Hervorhebungen im Original) (Nohlen, 2011, S. 347). Wie aus dieser Definition auch hervorgeht, sind Lobbyismus und Interessenvertretung Synonyme; der Begriff der *Interessenvermittlung* wird ebenfalls gleichbedeutend verwendet.

2. Die UN-Klimapolitik seit dem Kyoto-Protokoll 1997

Die brasilianische Stadt Rio de Janeiro war 1992 Schauplatz einer besonderen Zusammenkunft, denn dort ereignete sich die UNCED, die „United Nations Conference on Environment and Development“. Auf dieser wurde unter anderem die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) vereinbart, die den institutionellen Rahmen für die Klimaverhandlungen schuf und zwei Jahre danach in Kraft trat. Edenhofer & Jakob bezeichnen die Konvention treffend als „das Herz der internationalen Klimapolitik“ (2019, S. 80). Das Sekretariat der UNFCCC plant und organisiert die jährlichen COPs, die das oberste Organ der Konvention darstellen. Bei diesen alljährlichen Treffen wird der globale Rahmen der Konvention fortentwickelt (Edenhofer & Jakob, 2019; Otto, 2017). An unterschiedlichen Stellen in dieser Arbeit wird auch immer wieder Bezug genommen auf die COPs, die eine stetige (Selbst-)Kontrolle der UN-Klimapolitik darstellen.

Im Jahr 1997 trafen sich dann die Mitgliedsstaaten der UN zur dritten Vertragsstaatenkonferenz nach Rio, der COP-3, in Kyoto. Ziel und Ergebnis dieses Treffens waren die Einigung auf das Zusatzprotokoll zur UNFCCC. Dieses Zusatzprotokoll, von dem oft als „Kyoto-Protokoll“ gesprochen wird, war in den Jahren zuvor von einer eigens dafür ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe erarbeitet und in verschiedenen Verhandlungen ausgehandelt worden (Otto, 2017). Seither wurden in der globalen Klimapolitik verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Erkenntnissen entsprechend zu handeln. Inwieweit die geplanten und/oder ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigten und noch immer zeigen, wird seitdem von einer breiten Debatte begleitet.

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, welche Pakete geschnürt und welche Maßnahmen seit 1997 ergriffen wurden; die erläuterten Maßnahmen werden im jeweiligen Unterkapitel ebenfalls kritisch betrachtet und in den Kontext der (UN-Klima-)Politik im untersuchten Zeitraum eingebettet. Hierdurch soll klar gemacht werden, inwiefern sie etwaig – sofern zum jetzigen Zeitpunkt möglich – eine Fortentwicklung der in Kyoto beschlossenen Schritte bilden. Dieser Abschnitt soll also dazu dienen, einen Überblick über die Klima-*policies*, die klimapolitischen Inhalte der United Nations, im Zeitraum 1997 bis heute zu geben. Zunächst wird der Weltklimarat als besonders wichtiges Organ im klimapolitischen Regime erläutert. Danach geht der Text noch einmal genauer auf das Kyoto-Protokoll ein, um anschließend die beiden großen *Policy Outputs* der UN im entwicklungs- und klimapolitischen Bereich in den letzten 20 Jahren näher zu beleuchten: die „Millennium Development Goals“ und die „Sustainable Development Goals“. Abschließend folgen noch einige Erklärungen zum

Übereinkommen von Paris, oft als Paris Agreement bezeichnet (PA), aus dem Jahr 2015 bzw. 2016.

2.1 Der Weltklimarat (IPCC) – ein einzigartiges Organ?

Im Kampf gegen die Klimafolgen benötigen die politischen Entscheidungsträger Informationen als Basis für die Abwägungsentscheidungen und Bewertungen der Optionen. Aufgabe des Weltklimarates, des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), ist es, diese Informationen zusammenzutragen. Der IPCC stellt dann den Vertretern der Staaten die wissenschaftlichen Erkenntnisse für die Verhandlungen bei den COPs zur Verfügung. Die Arbeit des Rates bildet insofern also eine elementare Stütze für das entschlossene Handeln gegen den Klimawandel. Er stellt in seiner Form ein einzigartiges Gremium dar: Er bildet nämlich die wohl deutlichste institutionalisierte Verzahnung von Wissenschaft und Politik; was nicht verwundert, ist der Klimawandel schließlich auch ein Feld, in dem Ursachen und Folgen nicht ohne die Hilfe der Wissenschaft abzuschätzen wären. Ebenso braucht es für die Eindämmung der und das entschlossene und wirksame Vorgehen gegen die weitere Erderwärmung entsprechende wissenschaftliche Fundamente. Der IPCC legt regelmäßig Sachstandsberichte vor und seine Empfehlungen sollen politikrelevant sein, allerdings ausdrücklich keine unabdingbaren politischen Empfehlungen darstellen. Während der IPCC also Ratschläge *an* die Politik gibt, soll er sich andererseits umgekehrt jedoch konkreter Empfehlungen *aus* der Politik enthalten (Edenhofer & Jakob, 2019).

2.2 Das Kyoto-Protokoll – ein Meilenstein?

Die wohl bedeutendste Errungenschaft der COP-3 war das Kyoto-Protokoll. Mit dessen Unterzeichnung begannen die Verhandlungen über die Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten (Otto, 2017). Das Protokoll würde laut zugrundeliegender Bestimmungen erst rechtsverbindlich werden, wenn „mindestens 55 Vertragsstaaten, die für mindestens 55 % der Treibhausgasemissionen des Jahres 1990 verantwortlich waren“ das Protokoll unterzeichneten (Otto, 2017, S. 273). Dies dauerte schlussendlich 8 Jahre, sodass es erst 2005 in Kraft treten konnte. Die USA als einer der größten Emittenten hatten es letztendlich nie ratifiziert. Aus diesem Grund und, weil das Protokoll davon ausging, dass überwiegend Industrieländer für den Klimawandel verantwortlich seien – während stattdessen China gemeinsam mit übrigen Schwellenländern Hauptverursacher des Großteils der Emissionen in den letzten Jahrzehnten war – können Ergebnisse des Jahres 2011 irritieren (Edenhofer &

Jakob, 2019). In diesem Jahr waren „die Länder, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert hatten, nur noch für 13 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich“ (Edenhofer & Jakob, 2019, S. 80). Vor dem genannten Hintergrund aber wird deutlich, dass diese Zahl zu allzu positiven Annahmen verleitet. Was die Frage aufwirft, wie aufschlussreich die Ergebnisse sind, und ob dem Projekt daher nicht etwaig der Makel einer lediglich symbolischen Umwelt- beziehungsweise Klimapolitik anhaftet. Das Kyoto-Protokoll kann demnach zwar zumindest als zum damaligen Zeitpunkt guter und wichtiger Schritt in die richtige Richtung verstanden werden, durch den sicherlich wichtige weitere Maßnahmen ergriffen wurden. Seine Aussagekraft ist jedoch fraglicher Natur, wie die letzten Punkte deutlich machen.

2.3 Die Millennium Development Goals – ein erstes Paket

Die Staats- und Regierungschefs der UN-Mitgliedsstaaten trafen sich im September 2000 im UN-Hauptquartier in New York, um die *Millennium Development Goals* im Rahmen und zusammen mit der Millenniumserklärung der United Nations zu verabschieden (United Nations, o. J.-d). In der Erklärung verpflichteten sich die Nationen zu einer neuen globalen Partnerschaft, in der eine Reihe von acht Zielen (die MDGs) angegangen werden sollte. Diese acht Ziele reichen von der Reduktion der extremen Armutsraten um fünfzig Prozent, über die Eindämmung der Ausbreitung von HIV bzw. AIDS bis zur Versorgung mit Grundschulbildung für alle. Ausdruck all dieser acht Punkte ist der Schutz und die Erfüllung der Bedürfnisse der ärmsten und schwächsten Teile der Weltbevölkerung. Diese sollten in 15 Jahren, innerhalb der gesetzten Frist, bis zum Jahr 2015 erreicht werden. Neben den Ländern, die die Erklärung unterschrieben, einigten sich auf dieses Vorhaben auch alle führenden Entwicklungsinstitutionen der Welt (United Nations, o. J.-c). Eines der acht Ziele trägt den Titel „Ensure Environmental Sustainability“ – das Ziel Nummer 7 betrifft demnach ökologische Nachhaltigkeit. Es ist in vier Teile untergliedert: (1) die Integration der Grundsätze nachhaltiger Entwicklung in die nationalen *policies* und die Eindämmung des Verlusts von Umweltressourcen, (2) die Verringerung des Verlustes von Biodiversität bis ins Jahr 2010, (3) die Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen und (4) eine deutliche Verbesserung der Lebenssituation von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern, ebenfalls bis 2010 (United Nations, o. J.-b). Die MDGs waren ein erster großer Schritt als Reaktion auf das wenige Jahre zuvor beschlossene Kyoto-Protokoll.

2.4 Die Sustainable Development Goals – eine Weiterentwicklung?

Mit den sogenannten *Sustainable Development Goals*, kurz SDGs, verabschiedete die UN-Vollversammlung im September 2015 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Diese 17 *Goals* sind als Fahrplan in eine bessere und nachhaltigere Zukunft für alle gedacht und stehen miteinander in Verbindung. Sie bilden die Fortentwicklung der MDGs, die 2015 ihr Zielformulierung erreicht hatten. Sie verfolgen den Zweck, die globalen Herausforderungen anzugehen, vor denen die Weltgemeinschaft steht – hierunter Armut, Ungleichheit, den Klimawandel, Umweltzerstörungen und Frieden. Um niemanden auszuschließen oder zurückzulassen, wurde die Erreichung dieser Ziele bis zum Jahr 2030 gefordert (United Nations, o. J.-a). Folgende der 17 Ziele weisen dabei (teilweise konkret, teilweise zumindest im weiteren Sinne) einen Bezug zum Klimaschutz bzw. zur Klimapolitik auf: SDG-2 bezieht sich unter anderem auf die Verminderung von Lebensmittelverschwendung. SDG-6 spricht sich gegen die Verschwendung von Wasser aus. SDG-7 heißt „Affordable and Clean Energy“, es geht um *bezahlbare und saubere Energie*, beispielsweise durch die Verwendung energiesparender Glühbirnen. SDG-11 appelliert an Städte und Gemeinden, nachhaltiger zu werden, beispielsweise durch die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Ziel 12 bezieht sich auf „nachhaltigen Konsum und Produktion“ und argumentiert gegen die Wegwerfgesellschaft. SDG-13 trägt den Titel „Climate Action“, hierbei handelt es sich also um Klimaschutzmaßnahmen. Die genauere Beschreibung dieses Ziels bezeichnet den Klimawandel als Thema, das auf internationaler Ebene koordinierte Lösungen erfordert, um insbesondere den schwächsten, den Entwicklungsländern, auf dem Weg zu kohlenstoffarmer Wirtschaft zu helfen. SDG-14 und 15 thematisieren Maßnahmen zum Schutz der Meere und der Tiere und Pflanzen an Land (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2019; United Nations, o. J.-a).

Die SDGs stellen insofern eine Weiterentwicklung der vorhergehenden UN-Klimapolitik dar, als sie die bis 2015 formulierten Millenniumsziele ablösen, einen neuen Plan für die nächsten 15 Jahre formulieren und statt wie die Vorgänger acht, diesmal siebzehn und zudem umfassendere Vorhaben formulieren. Während bei den MDGs das Ziel Nummer 7 also beispielsweise das einzige mit Bezug zur Klima- und Umweltpolitik war, könnte man unter den SDGs jedenfalls 8 ausmachen, die in Relation zu klima- und umweltpolitischen Forderungen und Ideen stehen.

Diese Zielformulierungen per se werden zwar positiv bewertet, oft jedoch als insgesamt nicht hinreichend kritisiert. Auf der Webseite von „Deutschland und die globale

Nachhaltigkeitsagenda“ beispielsweise wurden 2016, 2017 und 2018 Berichte zur Umsetzung der Agenda für 2030 auf nationaler Ebene für Deutschland verfasst. Die Webseite ist ein Zusammenschluss verschiedener Verbände, Organisationen und Netzwerke, die sich klimapolitisch engagieren. Als Teil ihrer Arbeit dokumentieren und analysieren sie, inwieweit Deutschland die einzelnen Elemente der SDGs auf mitgliedsstaatlicher Ebene umsetzt. Die Begründung hierfür liefern sie im folgenden Satz prägnant: „Der Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der Agenda 2030 liegt auf nationaler und sub-nationaler Ebene.“ Für den Bericht 2018 fassten die Autoren, entgegen dem in den Vorjahren vorwiegend kritischen Urteil, zusammen, dass einige „[Ansätze] zur Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen in Deutschland“ und anderen Mitgliedsstaaten der UN „trotz mangelhafter politischer Rahmenbedingungen“ schon in die Tat umgesetzt werden konnten (Global Policy Forum Europe e. V.; o. J.).

2.5 Das Paris-Agreement – ein Zeichen globaler Verantwortung?

Das Ende des Jahres 2015 stellt noch aus einem weiteren Grund einen bedeutenden Zeitpunkt in der Geschichte der globalen und insbesondere der UN-Klimapolitik dar. Unter großer wissenschaftlicher, medialer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit einigten sich die Vertragsstaaten Ende des Jahres auf der COP-21 – also der 21. UN-Klimakonferenz – in Paris darauf, global auf die Bedrohung durch den Klimawandel zu reagieren. Das beschlossene Übereinkommen hat zum Ziel, die Erderwärmung in diesem Jahrhundert auf deutlich unter 2 Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Zudem sollten die Bemühungen dahingehend fortgesetzt werden, die Erhöhung sogar auf lediglich 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Ferner sollen die Handlungsmöglichkeiten und -fähigkeiten der Länder im Kampf gegen die Klimaveränderungen gestärkt werden. Maßnahmen, die hierzu ergriffen werden sollten, waren einerseits die Schaffung angemessener Finanzströme, außerdem ein neuer technologischer Rahmen und andererseits die Erstellung eines verbesserten Rahmens für den Kapazitätsaufbau. Ziel dieser Initiativen war die Unterstützung der besonders gefährdeten Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Erreichung dieser, wie auch ihrer eigenen staatlichen Ziele. Zudem sieht das Abkommen eine Steigerung der Transparenz der Maßnahmen vor; die Basis hierfür bildet ein starker „Transparenzrahmen“ (United Nations Framework Convention on Climate Change, 2020).

Nachdem sich die Mitgliedsstaaten mit dieser Vereinbarung in großem Umfang auf Maßnahmen verständigt haben, die global diverse Akteure und Betroffene einbinden und

einbeziehen, kann durchaus von einem Zeichen globaler Verantwortung gesprochen werden. Entwicklungen wie der Austritt der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Abkommen werden, wie das Paris Agreement insgesamt, jedoch von verschiedenen (zivilgesellschaftlichen) Akteuren (zu Recht) kritisch bewertet.

3. Interessenvermittlung in der UN-Klimapolitik – theoretische Konzepte

„Interessengruppen haben Einfluss auf internationale Organisationen.“ Dieses Statement könnte diesen Teil der Arbeit auf großem Fuß eröffnen. Darin, dass dies der Fall ist, ist sich die Wissenschaft jedoch einig – gehen hierauf doch schließlich zahlreiche Arbeiten ein. Genannt seien dazu exemplarisch Beisheim (2004), Conca (1995) oder Dür & Mateo (2012), stellvertretend für diverse andere Wissenschaftler, wie nicht zuletzt die Literaturliste für diese Arbeit zeigt – und in der liegt der Fokus auf den UN. Mithin ist die Auswahl an Forschung und Literatur insgesamt in Bezug auf den Einfluss von Interessengruppen auf IOs noch größer.

Nun werden, um diese Aussage weiter zu stützen, im Folgenden also theoretische Konzepte vorgestellt, die den Einfluss von IGs auf internationale Organisationen erklären. Zunächst wird das etablierte Theoriekonzept der *Global Governance* noch einmal knapp erläutert, um in breiterem Rahmen theoriegestützt auf die Thematik eingehen zu können. Danach behandelt dieses Kapitel die Vergleichbarkeit der Lobbystrukturen und Zugänge von Interessengruppen in der EU und bei den UN. Es sollen mögliche Analogien zu den UN, ebenso wie Unterschiede aufgezeigt werden. Denn insbesondere die englischsprachige Politikwissenschaft forschte und publizierte in den letzten Jahren zu Lobbyismus im Umfeld internationaler Organisationen vor allem im europäischen Kontext. Im Anschluss beschäftigt sich dieser Abschnitt genauer mit drei Konzepten, die in der Interessengruppenforschung (mit Bezug auf internationale Organisationen) angewandt werden: die Unterscheidung zwischen *Inside(r)* und *Outside(r) Lobbying* und zwei transnationale Aspekte. Einerseits der Ansatz des *transnational access* und andererseits die Erbringung sog. „transnationaler Dienstleistungen“ (Beisheim, 2004, S. 82).

Nachdem sich diese Arbeit mit den UN als internationale Organisation bzw. Organ im internationalen, klimapolitischen System beschäftigt, soll der Terminus der „Internationalen Organisation“ an dieser Stelle noch kurz definiert werden. Internationale Organisationen, so fasst es Archer in seinem vielzitierten Werk „International Organizations“ zusammen, sind „a formal, continuous structure established by agreement between members

(governmental and/or non-governmental) from two or more sovereign states with the aim of pursuing the common interest of the membership.“ (Archer, 2015, S. 31) Es handelt sich hierbei demnach um eine formelle, kontinuierliche Struktur, die durch eine Vereinbarung zwischen Mitgliedern – staatlich und/oder nichtstaatlich – aus zwei oder mehr souveränen Staaten mit dem Ziel geschaffen wird, das gemeinsame Interesse der Mitglieder zu verfolgen. Die UN sind gemäß dieser Definition folglich eine IO – mit der Besonderheit eines, so könnte man sagen, maximal großen internationalen Bezugsrahmens.

3.1 Global Governance

Zunehmend vernetzen sich im Zuge des Prozesses der Globalisierung diverse, beinahe alle, Bereiche des alltäglichen Lebens weltumspannend. Nachdem dies ebenso in der Politik passiert, ist es auch sinnvoll, dass sich Staaten in internationalen Organisationen zusammenschließen. Von der globalen Vernetzung ausgehend, stellt sich dann die Frage nach der Umsetzbarkeit: Sind Regierungen in der Lage, über Ländergrenzen hinweg effektiv zu agieren? Internationale Organisationen sind folglich ein systemstrukturelles Merkmal der bzw. eine Reaktion auf die Globalisierung. Hier setzt der Theorieansatz der Global Governance an, der insbesondere im Umfeld internationaler Organisationen Anwendung findet. Geht es doch gerade hier darum, globale Probleme und Herausforderungen unter Mithilfe mehrerer Nationen in Zusammenarbeit zu lösen. In ihrem Aufsatz „Was ist Global Governance?“ geben Dingwerth und Pattberg eine reflektierte Erklärung für den Begriff, der sich wie die Globalisierung auch in stetem Wandel befindet: hierbei geht es um die Loslösung sozialer Beziehungen von territorialen Aspekten und der Fokuswechsel von gesellschaftlichen und politischen Mitspielern auf den Globus als Mittelpunkt ihrer Programme und Ziele (Dingwerth & Pattberg, 2006).

Als Teil des recht modernen Theorie-Konstruktes und Forschungsfeldes der *Global Governance* ist auch die internationale Klimagovernance zu betrachten. Dieser Bereich wird, laut Simonis, wie folgt definiert:

Der Regimekomplex der internationalen Klimagovernance besitzt eine für den Umweltbereich heute typische Governanceform, die insgesamt als „New Mode of Governance“ bezeichnet werden kann (Héritier 2002, Koenig-Archibugi/Zürn 2006). So sehen die Regeln und die Arbeitsweise des UN-Klimaregimes nicht nur die Mitwirkung von anderen internationalen Regierungsorganisationen vor, sondern auch von Nichtregierungsorganisationen (NGO) aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei sind die miteinander interagierenden, kooperierenden und teilweise auch konfligierenden Akteure in jeweils autonome Governancestrukturen eingebunden. (Simonis, 2017b, S. 222)

Als entscheidende Schwierigkeit in der Klimagovernance ist die Vermittlung der unterschiedlichen Interessen zwischen den Handlungsebenen zu sehen. Hierbei geht es in erster Linie um die globale und die nationale Ebene. Denn die Entscheidungen, die auf internationaler Ebene getroffen werden, müssen auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Aufgrund dieses Faktors gebrauchen die Staaten oft ihr Vetorecht auf UN-Ebene, um sicher zu gehen, dass sie die Maßnahmen innenpolitisch um- und durchsetzen können. Insbesondere, da das Konsensprinzip gilt entsprechen folglich diejenigen Beschlüsse, die bei diesem Vorgehen ergehen, meist nur dem „kleinste[n] gemeinsame[n] Nenner“ (Simonis, 2017b, S. 214). Durch das Souveränitätsprinzip⁶ ergeben sich zudem häufig zähe Prozesse oder nicht hinreichende Umsetzungen auf Mitgliedsstaatsebene, die dem gebotenen schnellen Agieren widersprechen (Bevir, 2010; Levi-Faur, 2012; Simonis, 2017b).

3.2 Analogien und Unterschiede zum Lobbying in der EU

Nachdem die Literatur zum Lobbying in der Europäischen Union (EU) umfangreicher ist als diejenige zu den United Nations, soll in diesem Teil der Arbeit kurz auf die Vergleichbarkeit eingegangen werden.

Sowohl bei der EU als auch bei den UN handelt es sich um große, entscheidungskräftige und einflussreiche internationale Organisationen, denen eine Vielzahl von Staaten angehören. Bei der EU sind es – noch – 28 Mitgliedsstaaten. Unter dem Dach der UN vereinen sich 193 Länder (United Nations, o. J.-d). Die umfangreichere Mitgliederzahl führt dazu, dass Entscheidungen und Konsensbildungen schwieriger zu erlangen sind. Neben der Mitgliederzahl unterscheiden sich die beiden Institutionen zudem durch Folgendes: Konzentrieren sich in der EU geographisch bedingt überwiegend ‚westliche‘ Staaten, gehören den UN hingegen diverse Länder, unabhängig von der Ausrichtung oder Einordnung in ein Ost-West-Spektrum (oder ein Nord-Süd-Spektrum)⁷, an. Auch diese Unterschiede führen zu kontroverse(re)n Debatten und Interessenkonflikten, müssen die Ergebnisse schließlich in diversen Staaten und unter unterschiedlichsten lokalen Bedingungen umgesetzt werden. Die größere Heterogenität der vertretenen Kulturen und Bevölkerungsgruppen beispielsweise führt zu spezifischen Konflikten und

⁶ Dieses gibt den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, die Entscheidungen auf nationaler Ebene so umzusetzen, wie sie es für angemessen halten.

⁷ Das Konzept des ‚Global South‘ wird jüngst vor allem zur Beschreibung der ungleichen Gestalt der Welt verwendet. Bezogen genommen wird hierbei insbesondere auf die Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungs- bzw. Schwellenländern. Auch Pellow (2016) nimmt hierauf beispielsweise Bezug.

Herausforderungen, die sich im europäischen Kontext in dieser Form nicht ergeben. Eine Analogie zwischen EU und UN besteht hingegen – durch das Konstrukt der internationalen Organisation – in der vertikalen Governancestruktur, also der Vernetzung zwischen Mitgliedsstaatsebene und der Ebene der internationalen Organisation. Bei beiden ergibt sich das Dilemma der Vermittlung von Interessen auf unterschiedlichen Ebenen.

3.3 Inside(r) versus Outside(r) Lobbying

Bei der politikwissenschaftlichen Betrachtung des Zugangs von Interessengruppen zu politischen Akteuren und zum politischen Prozess unterscheidet die Literatur und Forschung unter anderem zwischen dem *Inside(r)* und dem *Outside(r) Lobbying*. Als *Inside(r) Lobbying* bezeichnen Forscher die direkte Adressierung von Parteien, Regierungen und Entscheidungsträgern durch Interessenverbände. Auch von „insider tactics“, also Insider-Taktiken, wird hier dann gesprochen. Es geht um den Gewinn des Zugangs zu den Entscheidern (Weiler & Brändli, 2015, S. 745). Wählen die Akteure hingegen den Weg in die Öffentlichkeit, nutzen sie also beispielsweise die Medien als Kanäle zur Einflussnahme oder bedienen sie sich hierzu generell der Unterstützung der breiten Masse, wird dies als *Outside(r) Lobbying* charakterisiert. Dies kann in Form eines Appells, der Mobilisierung, des Schaffens von Bewusstsein, Spendenaufrufen und anderen Maßnahmen mit Bezug zur Bevölkerung geschehen. (Beyers, 2004; Weiler & Brändli, 2015). Beim *Inside(r) Lobbying* spielen Informationen eine wichtige Rolle. Politiker haben wenig Zeit und oft nicht hinreichende Mittel, um vollumfassend Informationen und Hintergründe zu recherchieren. IGs, die Entscheidungsträger und Abgeordnete mit Wissen versorgen, bieten damit ergo eine rasche (und folglich willkommene) Bezugsquelle von, in der Regel gut aufbereiteten und zusammengefassten, Fachkenntnissen. Politische Interessenverbände verfügen in ihrem jeweiligen Ressort über fundierte Informationen. Diese Akteure bilden mithin eine wichtige Stütze moderner demokratischer Systeme (Weiler & Brändli, 2015; Dür & Mateo 2012).

Setzt man diese Theorie in Bezug zur ersten Hypothese, lässt sich feststellen: die meisten politischen IGs verwenden eine Kombination aus *Inside(r)* und *Outside(r) Lobbying*. Das *Outside(r) Lobbying* ist jedoch in der Tat mit geringerem finanziellem Aufwand verbunden (Weiler & Brändli, 2015).

3.4 Transnationale Aspekte

Nachdem es sich um globale Klimapolitik handelt, ergeben sich in den internationalen Politikprozessen Dynamiken, die eine Verzahnung verschiedener Systeme anstoßen. In diesem transnationalen Bereich entwickeln sich auch für Interessengruppen neue Möglichkeiten im Zugang.

Der *transnational access*-Ansatz, auf den Tallberg et al. (2013) eingehen, erklärt, wo und wie internationale Organisationen ‚transnationalen Akteuren‘ Zugang zur globalen Politikgestaltung gewähren und wo die Beweggründe hierfür liegen. Interessengruppen suchen und suchen folglich zunehmend Einfluss bei internationalen Organisationen, wie die Forschung seit einigen Jahren deutlich macht (Grigorescu, 2016; Tallberg et al., 2013). Gleichzeitig wissen auch die internationalen Organisationen die Expertise aus der Wirtschaft und von NGOs und anderen Gruppen zu schätzen und nutzen (Hein et al., 2017; Simonis, 2017). Der Ansatz des Zugangs von IGs auf transnationaler Ebene lässt sich gleichermaßen im Umfeld der UN beobachten. Die UN haben sich diese Unterstützung im Vergleich zu anderen IOs bereits sehr früh zu Nutze gemacht. Schon in den 1970ern schufen sich die United Nations ein Gerüst, dass die Einbeziehung von IGs in den politischen Prozess, vor allem in Rat gebender Funktion institutionalisierte (Grigorescu, 2016; Tallberg et al., 2013). Hierdurch verschob sich gewissermaßen auch die Perzeption: während es in vielen Fällen der Rechtfertigung bedarf, um NGOs in den Prozess einzubinden, sehen sich Akteure hier nun gezwungen, Gründe für den Ausschluss dieser Gruppierungen zu nennen (Brühl & Rosert, 2009).

Als „transnationale Dienstleistungen“ beschreibt Beisheim die Zurverfügungstellung von Ressourcen durch transnationale IGs. Als Ressourcen, die demnach hierzu zählen, führt sie „Informationen und spezifisches Expertenwissen“, die „Mobilisierung und Unterstützung bei der Implementierung von Politiken vor Ort“, „das Monitoring der Aushandlung und Implementierung internationaler Politiken“ und etwaig sogar „Sanktionsmaßnahmen“ an (Beisheim, 2004, S. 82). Diese Zusammenstellung deckt sich mit den Aufgaben, die auch Hein et al. (2017) beschreiben (vgl. hierzu Punkt 4.1).

4. Einflussfaktoren auf die UN-Klimapolitik

Die theoretischen Ansätze aus dem vorangegangenen Kapitel aufgreifend, werden diese im Folgenden mit Beispielen unterfüttert. Dem theoretischen Gerüst soll, anhand von Fällen aus der Praxis – konkret Gruppen, die Einfluss auf die United Nations ausgeübt haben – Leben

eingehaucht werden. Hierbei wird einerseits thematisiert, welche der vorgestellten Maßnahmen ergriffen wurden und werden und inwiefern sich die Auswahl der Mittel verändert hat. Dabei wird einerseits beleuchtet, ob Arten des Lobbyings obsolet wurden – beispielsweise, weil sie sich als ineffektiv herausgestellt haben –, und andererseits, ob die Globalisierung dazu beigetragen hat, dass sich die Lobbying-Strukturen und auch deren Möglichkeiten verändert haben.

4.1 Arten der Lobby-Arbeit im UN-Umfeld

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die theoretischen Konzepte erläutert wurden, die die Basis für die Lobby-Arbeit allgemein – und im Speziellen im Umfeld internationaler Organisationen – bilden, soll an dieser Stelle nun das Vorgehen der Akteure im Umfeld der UN beschrieben werden. Die Beschreibung legt hierbei, gegeben den Rahmen der Arbeit, den Fokus auf den Bereich Klimapolitik. Die Einordnung in *Inside(r)* und *Outside(r) Lobbying* zugrunde legend, werden folgend die Arbeitsweisen beschrieben und den beiden Positionen zugeordnet. Außerdem wird kurz Bezug genommen auf die nationale, also die mitgliedsstaatliche Ebene.

Inside(r) Lobbying: Politiker haben wenig Zeit und Mittel für Hintergrundrecherchen und sind daher im Alltag meist auf Informationen angewiesen, zumindest aber dankbar um Input zu spezifischen Themen. Großes Kapital der IGs ist ihr Wissensschatz; ihre fundierten Hintergrundinformationen stellen einerseits ein wichtiges und hilfreiches Gut für die Entscheider dar und andererseits können die Verbände, NGOs etc. diesen Weg nutzen, um ihre Interessen und ihre Meinungen an die Vertreter heranzutragen (Beisheim, 2004; Weiler & Brändli, 2015).

Hein et al. befinden, dass die internationale Klimapolitik „ganz entscheidend von nicht-staatlichen Akteuren mitgeprägt“ wurde (Hein et al., 2017, S. 429). Dies geschah insbesondere durch den Einfluss von „advokativen Organisationen, durch Inputs dieser Akteure in Verhandlungen, durch konkrete Unterstützung von Anpassungsprozessen (häufig in Zusammenhang mit Nothilfemaßnahmen), aber auch durch deren Einfluss auf die [...] Perzeption des Klimawandels als einer fundamentalen Gefahr für die nachhaltige Entwicklung der Menschheit“ (Hein et al., 2017, S. 429 ff.). Diese Gruppierungen bilden mithin auch wichtige Kontrollinstanzen und fungieren gewissermaßen als ‚Qualitätsmanagement‘. Die UN hat sich dieses wichtige ‚Organ‘ bereits früh geschaffen.

Möchte man dieses Vorgehen nun in das vorher beschriebene Spektrum des *Inside(r)* und *Outside(r) Lobbyings* einordnen, ließe sich festhalten, dass diese NGOs und Protestgruppen, die für ein entschiedenes Handeln gegen den Klimawandel eintraten, hier sowohl *Inside(r)* als auch *Outside(r) Lobbying*-Strategien anwandten.

Viele Verbände und IGs agieren nicht nur im direkten UN-Umfeld. Ebenso auf der für die erfolgreiche Umsetzung der UN-Klimapolitik wichtigen nationalen Ebene üben sie Einfluss und die erwähnten Kontrollfunktionen aus. Ein Beispiel hierfür ist das unter Punkt 2.4 erwähnte „Global Policy Forum Europe“, das unter anderem auf seiner Website „Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda“ regelmäßig in Form der erwähnten Berichte einen kritischen Blick darauf wirft, inwieweit die SDGs umgesetzt werden.

Eine Frage, die sich bei der Untersuchung der unterschiedlichen Akteure auch stellt, ist die folgende: Gibt es neben den Unternehmen, die *gegen* klimaschützende Maßnahmen vorgehen, weil sie potenziell geschäftsschädigend sind, auch *solche*, die Lobbying „für das Klima“ betreiben und dies nutzen, um sich „reinzuwaschen“ vom Image der „bösen, kapitalistischen Konzerne“? Wenn ja, betreiben sie damit eventuell nur Augenschwärze, Stichwort Greenwashing? Nutzen Unternehmen etwaig die Beratungsstrukturen, um besser dazustehen? Demgegenüber stehen natürlich wiederum jene Unternehmen, die tatsächlich, trotz korporativer Struktur, *für* aktive Klimaschutzpolitik eintreten. Hierzu lässt sich grundsätzlich sagen, dass sich auch unter Unternehmen unterschiedliche Strukturen herausgebildet haben. Den kritischen Blick aus der Blase „NGO vs. Unternehmen“ heraus weitertragend, ist fraglich, ob NGOs, die größer werden, nicht auch – aufgrund struktureller Veränderungen – andere Maßnahmen ergreifen.

4.2 Wandel im Zugang

Durch Entwicklungen und Strömungen wie (1) die Globalisierung (inkl. der politischen Arbeit im Sinne der *Global Governance*), (2a) die „Verwissenschaftlichung der Politik“ (Simonis, 2017a, S. 195), (2b) vermeintlich technokratische Elemente⁸ und (3) gesteuert durch die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung ergeben sich Veränderungen im internationalen System. All diese Elemente führen dazu, dass sich etablierte Strukturen stetig mitverändern und anpassen müssen. So verlieren Regierungsakteure an Einfluss in der

⁸ Die Komplexität der Thematik und Reichweite der Entscheidungen führen zur Notwendigkeit von Unterstützung durch Fachkundige. Edenhofer & Jakob bezeichnen Technokratie als ein Politikmodell, „in dem Experten über die Zukunft von Gesellschaften entscheiden und Eingriffe in das Leben von Menschen legitimieren, jedoch ohne demokratischen Auftrag“ (Edenhofer & Jakob, 2019, S. 124).

Gesellschaft und büßen Kontrolle ein (Simonis, 2017a). In dieser sich schnell wandelnden Zeit werden Anpassungen erforderlich, die auch nicht vor etablierten Strukturen Halt machen. Gerade in einem weltumspannend relevanten Politikfeld wie der Klimagovernance sind diese Adaptionen gleichwohl als Chance zu betrachten. Wie unter Punkt 3.4 aufgezeigt, hat die UN dieses Potenzial früh erkannt. Der Wandel im Zugang von Interessengruppen zur Organisation zog sich also länger hin als nur über die letzten gut 20 Jahre.

Der grenzüberschreitende Zugang von NGOs, Verbänden etc. zu internationalen Organisationen wurde auch von verschiedenen Forschern beschrieben. So sprechen Tallberg et al. in ihrem Buch „The Opening Up of International Organizations“ von einem Anstieg im *transnational access* insbesondere seit den 1990er Jahren. Bezogen auf die UN ergibt sich allerdings ein etwas anderes Bild: während die UN hierzu bereits in den Siebzigern die Basis legte und dem Trend damit gewissermaßen weit voraus war (Grigorescu, 2016; Tallberg et al., 2013). Auch Beisheim beschreibt, wie IGs Zugang erhalten und wodurch sich dieser legitimiert (Beisheim, 2004).

Die veränderten Bedingungen und der wachsende Zustrom von IGs zu den UN führten auch dazu, dass Unternehmen und andere gut strukturierte und ressourcenstarke Lobbygruppen Einfluss üben wollen. Vermutlich auch vor diesem Hintergrund veröffentlichte der *UN Global Compact* gemeinsam mit *AccountAbility* (einer Beratungsfirma) 2005 einen Bericht mit dem Titel „Towards Responsible Lobbying“. Dieser sollte aufzeigen, wie Organisationen, insbesondere aus der Wirtschaft, die MDGs durch ihre Lobbyingprozesse und umgekehrt, wie wiederum Regierungen das Lobbying beeinflussen. Der Bericht definierte hierzu verantwortungsbewusstes Lobbying und bot Organisationen eine „Anleitung“ dazu. Zudem zeigte er politischen Entscheidungsträgern, wie solches Lobbying die Fähigkeiten zur Entwicklung und Umsetzung von *policies* für die nachhaltige Entwicklung unterstützen und beeinflussen kann (vgl. United Nations Global Compact & AccountAbility, 2005). Gegen diesen Trend der wachsenden Verzahnung von Wirtschaft und Politik auf der UN-Ebene, sprach sich 2012 eine Gruppe verschiedener NGOs und zivilgesellschaftlicher Verbände in einem „Joint Civil Society Statement“ aus. Es trug den Titel „Ending corporate capture of the United Nations“ und darin forderten die Unterzeichner (darunter beispielsweise das *Polaris Institute*⁹ und der *World March of Women*) unter anderem, dass sich die UN eingedenk ihrer Charta, auf den Zweck, dem öffentlichen Interesse

⁹ Eine NGO, die sich gegen die unternehmerische Einflussnahme auf Regierungen und politische Institutionen ausspricht und engagiert (Polaris Institute, o. J.).

zu dienen, zurückbesinnen und sich klar für Transparenz im Bereich der Lobbyarbeit einsetzen. So sollten, gemäß der Forderung beispielsweise auch alle bestehenden Verbindungen mit dem Privatsektor offengelegt werden. Ferner sollten Wirtschaftsvertreter nicht (mehr) Teil mitgliedsstaatlicher Delegationen sein und keine weiteren Partnerschaften mit wirtschaftlichen Verbänden und Unternehmen eingegangen werden. Diese Aufzählung ist lediglich ein Teil der Forderungen, insgesamt wurden zehn (6 Haupt-, 4 Teil-Forderungen) gestellt (Friends of the Earth International et al., 2012). Zur Forderung der Rückbesinnung auf die Charta passt auch die Kritik Concas an der UN und ihrer mangelhaften Umsetzung und Verbindung der vier Säulen¹⁰ miteinander, auf denen sie steht (Conca, 2015; Pellow, 2016).

5. Zusammenfassung, Interpretation und Diskussion der Ergebnisse

Die gestiegene Komplexität der diskutierten Themen im Allgemeinen sowie die umfangreiche Problematik des Klimawandels im Speziellen erfordern ein globales Agieren der internationalen Gemeinschaft. Nicht zuletzt daher fand die Vertragsstaatenkonferenz der UN in diesem Jahr zum 25. Mal statt – die Staaten scheinen die Notwendigkeit eines globalen Agierens zu erkennen und treten daher regelmäßig in institutionalisierter Form in entsprechenden Formaten zusammen.

Zu dieser Erkenntnis passt auch, dass internationale Organisationen in den letzten Jahren zunehmend offener in Bezug auf den Einfluss durch Nicht-Regierungsorganisationen und wirtschaftliche Akteure, ebenso wie Experten aus der Wissenschaft, wurden, wie unter anderem Tallberg et al. (2013) zeigen.

Diese Gruppen können die Entscheider mit wichtigen Informationen versorgen und ihnen und ihren Mitarbeiterstäben wesentliche, zeitintensive Arbeitsschritte, wie Hintergrundrecherchen, abnehmen. IGs verfügen in den meisten Fällen zudem bereits über fundiertes Hintergrundwissen in ihrem Interessenfeld, das von Nutzen sein kann.

Auf diesen Bedarf an Informationen fußend, ergibt sich auch ein Wandel im Zugang. NGOs und andere nicht-staatliche Akteure gewannen über die Jahre wachsend Einfluss auf die internationale Klimapolitik und die Entscheidungsträger. Das System veränderte sich seit

¹⁰ Conca beschreibt internationalen Frieden und Sicherheit, sozialen Fortschritt durch Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit (zwischen den Nationen) und Menschenrechte als die vier Stützen/Säulen der UN (vgl. Conca, 2015; Pellow, 2016).

Kyoto weiter, auch wenn die UN hierbei als Vorreiter bereits in den Siebzigerjahren den Grundstein legte (Grigorescu, 2016; Tallberg, 2013).

Die Einsicht, dass man, um die global gesetzten Ziele zu erreichen und den Klimawandel so gut wie möglich zu verlangsamen, jede Hilfe gut gebrauchen kann, zeigt sich ebenfalls in diesem Schritt. Man muss jedoch ebenso anmerken, dass das Thema nicht zuletzt deshalb einen Platz auf den politischen Agenden erhielt, weil Nichtregierungsorganisationen Druck ausgeübt haben und Einfluss gewinnen konnten. Wirtschaftliche Akteure wirkten an dieser Entwicklung zwar ebenfalls mit, vertraten allerdings nicht immer förderliche¹¹ Positionen, weshalb sich beispielsweise der genannte Zusammenschluss von NGOs (Friends of the Earth etc.) ausdrücklich für ein Ende der unternehmerischen Einflussnahme auf die UN aussprach.

Die Fragestellung lautete: *Wie hat sich der Zugang von Interessengruppen im Bereich Klima(schutz)politik zu den UN seit der Klimakonferenz in Kyoto 1997 entwickelt?*

Um das herauszufinden, wurde zunächst einleitend aufgezeigt, wie sich die Klimapolitik der UN entwickelt hat und danach auf Basis einschlägiger Theorien aus den internationalen Beziehungen und Erkenntnissen aus der Forschung zu Interessengruppen im Umfeld internationaler Organisationen erklärt, wie Interessengruppen Zugang zu den UN suchten und wie sich dieser im betrachteten Zeitraum veränderte.

Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass sich der Zugang von Interessengruppen zu den United Nations im betrachteten Zeitraum entwickelte. Die Entwicklung stellt jedoch insofern keinen Wandel dar, als die Basis für den umfassenden Einfluss von IGs, unter anderem in Form regelmäßiger Konsultationen, bereits vor Kyoto gelegt wurde. Nicht-Regierungsorganisationen, auf denen in dieser Arbeit ein Fokus lag, werden zunehmend konsultiert. Zudem nutzen sie im Vergleich zur Anfangsphase des betrachteten Zeitraums mittlerweile mehr *Inside(r) Lobbying*-Strategien. Dies bedeutet gleichwohl nicht, dass sie dem *Outside(r) Lobbying* den Rücken kehr(t)en, vielmehr fand hier eine Veränderung hin zu einem kombinierten System aus beiden Arbeitsweisen statt.

Wie generalisierbar sind die Ergebnisse dieser Arbeit nun aber? Nachdem sich die Forschung sowohl auf die United Nations als auch auf die Europäische Union – und mithin auf zwei große internationale Organisationen – bezieht und zu beiden in den letzten Jahren

¹¹ Als „förderlich“ sind hier Positionen, Maßnahmen, Entscheidungen etc. zu verstehen, die vor dem Hintergrund der globalen Erwärmung und des Klimawandels (also den drastischen und direkten Bedrohungen, gegen die vorzugehen sich die internationale Klimapolitik zur Aufgabe gemacht hat) einer Zielerreichung zuträglich sind.

zunehmend Erkenntnisse gewann, lässt sich schließen, dass die daraus zusammengetragenen und interpretierten Erkenntnisse gleichermaßen weitreichende und allgemeine Gültigkeit besitzen.

Unsicherheit besteht in Bezug auf die tatsächliche Wirkung der durchgeführten Maßnahmen. Diese Arbeit hatte jedoch auch nicht den Anspruch, die Effektivität der ergriffenen Handlungen bezogen auf den tatsächlichen Wandel der Politik und den faktischen Einfluss von Interessengruppen zu messen oder zu untersuchen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Es fanden und finden Veränderungen im globalen politischen System statt, die den Zugang für Interessengruppen, und insbesondere den von NGOs zu den UN begünstig(t)en. Gleichwohl nicht in signifikantem Maße stärker als vor Kyoto, weil die UN schon früh „neue“ Strukturen der (Klima-)Governance etablierten. Lobbygruppen – sowohl wirtschaftliche als auch NGOs etc. – haben zunehmend an Bedeutung für die (klimapolitische Arbeit der) UN gewonnen.

6. „Fridays for Future“ und die UN – ein Ausblick

Vor dem Hintergrund dieses Anstieges von Bedeutung, Relevanz und Gewicht für den Input und die Meinungen von NGOs im Klimagovernance-Sektor der UN ist die These, dass der Wandel im Zugang von Interessengruppen zu den United Nations den raschen „Aufstieg“ von FFF begünstigte, damit also ebenfalls bestätigt. Unter Berücksichtigung dieses Aspektes und mit Blick auf die Möglichkeiten für Grassroots-Bewegungen, ihre typische Zielgruppe durch soziale Medien besser beziehungsweise gezielter erreichen zu können, ist die zukünftige Beziehung der UN und FFF positiv zu prognostizieren.

Die internationale Klimapolitik ist geforderter denn eh und je. Der Klimawandel als brisanteste Herausforderung unserer Zeit muss mit viel Energie und Entschlossenheit angegangen werden. Ziel dieser Arbeit war – eingebettet in diesen Rahmen – herauszufinden, inwiefern sich der Zugang von Interessengruppen zu den UN im Bereich Klimapolitik seit der COP-3 in Kyoto im Jahre 1997 entwickelt hat. Seither wurden verschiedene Pakete geschnürt, Maßnahmen in die Wege geleitet und es fanden 22 weitere Vertragsstaatenkonferenzen statt. Zuletzt die, COP-25 im Dezember 2019. Dort waren ebenfalls Vertreter der *Fridays for Future*-Bewegung beteiligt und friedlich-demonstrierend zugegen. Nachdem diese junge Bewegung unter anderem Inspiration für diese Arbeit war, sollte herausgefunden werden, inwiefern die erwähnte Veränderung im Zugang wohl einen Grundstein für den raschen Erfolg der Interessengruppe legte.

Als Forschungsdesiderat zu formulieren ist schließlich noch, dass das Phänomen *Fridays for Future* weiter analysiert wird. Dies war zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, befindet sich die noch sehr junge Bewegung doch gerade noch in ihren Anfängen. Der schnelle Erfolg, der hervorgehoben wurde, und der sehr wohl bereits zum aktuellen Zeitpunkt deutlich wird, lässt gleichwohl auf ein interessantes Forschungsfeld hoffen. Die hierzu aufgestellten Überlegungen könnten beispielsweise die Basis bilden für weitere Untersuchungen zur besonderen Wirkung von *Grassroots*-Bewegungen¹², im Speziellen eben *Fridays for Future*, etwaig mit Bezug auf das Zeitalter der Digitalisierung.

Auf Basis der getroffenen Aussagen, analysierten Vorgehensweise(n) und der aufgezeigten Auswirkungen auf die Politik in den letzten 20 Jahren, soll nun eine Prognose bezüglich der zukünftigen Beziehung von *Fridays for Future* und den UN gefällt werden. Wie in der Einleitung angesprochen, bildete ein Sitz bei den UN den ultimativen Wandel im Zugang von Interessengruppen. Einen solchen hat die Nicht-Regierungsorganisation noch nicht inne; wohl aber wohnte Greta Thunberg dem UN-Klimagipfel im September 2019, wie auch der 25. UN-Klimakonferenz in Madrid im Dezember bei und hielt jeweils viel beachtete Reden – so lobte beispielsweise UN-Generalsekretär Guterres unter anderem das Engagement und die Worte Thunbergs (s. Zitat in der Einleitung). Zum Ausblick sei zudem gesagt: gegenwärtig ist eine größere mediale Aufmerksamkeit möglich beziehungsweise gegeben. Einerseits vernetzen das Internet und die sozialen Netzwerke Akteure untereinander und andererseits verfügen sie mit Hilfe dessen auch über eine größere Reichweite als früher; außerdem bestehen Möglichkeiten der weiteren Reichweitensteigerung durch Likes, Shares und Retweets. Dies führt innerhalb des ohnehin offeneren und weitreichenderen, ja weltumspannenden, Systems der Social Networks dazu, dass Botschaften schneller die Runde machen und diese Akteure ihre so wertvolle Basis der Massen (s. Fußnote 7) leichter und zügiger mobilisieren können.

Schließen möchte ich die Arbeit – ähnlich wie ich sie eröffnet habe – mit einem Zitat von Greta Thunberg: „Why should I be studying for a future that soon may be no more, when no one is doing anything to save that future?“ (Fridays for Future, 2020) Diese Bachelorarbeit hat unter anderem gezeigt, dass durchaus Maßnahmen ergriffen wurden, um den Klimawandel zu bekämpfen und der Punkt, dass der Einfluss von Interessengruppen positiv mitverantwortlich für dieses Vorgehen war, wurde ebenso deutlich. Mit FFF ist eine IG zum

¹² „Beim Grassroots-Lobbying sollen möglichst viele Menschen ein bestimmtes Anliegen gegenüber ausgewählten Adressaten artikulieren. [...] Man versucht, über gesellschaftliche Mobilisierung seine Ziele zu erreichen“ (Wehrmann, 2007, S. 46).

Pool der Akteure hinzugekommen, die deutliche Worte findet, schnell wuchs und nun gehört wird. Dieser neue – und zügig aufgetretene und etablierte – Mitspieler zeigt außerdem, dass globale (Klima-)Politik stetiger und rasanter Entwicklung unterliegt. Nicht zuletzt, weil dies notwendig ist, um den Herausforderungen entgegenzutreten. Wie Thunberg es auf den Punkt bringt, ist allerdings zügiges, entschiedenes und vor allem auch koordiniertes Handeln gefragt. Zu hoffen bleibt, dass diese wichtige Botschaft hinreichend verstanden und umgesetzt wird.

7. Literaturverzeichnis

- Archer, C.** (2015). *International Organizations* (4. Aufl.). Abingdon: Routledge.
- Bauchmüller, M.** (15.12.2019). COP25 in Madrid: Klimakonferenz endet ohne Einigung in wichtigen Punkten. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen von www.sz.de/1.4723854.
Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Beisheim, M.** (2004). *Fit für Global Governance?: Transnationale Interessengruppenaktivitäten als Demokratisierungspotential – am Beispiel Klimapolitik (Bürgergesellschaft und Demokratie) (Volume 16)*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bevir, M.** (2010). *The SAGE Handbook of Governance*. London: SAGE Publications.
- Beyers, J.** (2004). Voice and Access: Political Practices of European Interest Associations. *European Union Politics*, 5(2), 211–240.
<https://doi.org/10.1177/1465116504042442>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Brühl, T., & Rosert, E.** (2009). *Another Quiet Revolution? New Governance Forms and the Norm of Participation in the United Nations System*. Paper vorbereitet für die 2. Conference on the Political Economy of International Organizations, Genf (29.–31.01.2009).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** (2019, September 20). Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Abgerufen von http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Bundeszentrale für politische Bildung.** (2017). NGOs – Nicht-Regierungsorganisationen | bpb. Abgerufen von <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52808/ngos>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Conca, K.** (1995). Greening the United Nations: Environmental Organisations and the UN System. *Third World Quarterly*, 16(3), 441-457.
- Conca, K.** (2015). *An Unfinished Foundation: The United Nations and Global Environmental Governance*. New York, USA: Oxford University Press.
- Conca, K., & Dabelko, G. D.** (2015). *Green Planet Blues: Critical Perspectives on Global Environmental Politics* (5. Aufl.). Boulder, Colorado: Westview Press.

- Dingwerth, K., & Pattberg, P.** (2006). Was ist Global Governance? *Leviathan*, 34(3), 377–399.
- Dür, A., & Mateo, G.** (2012). Who lobbies the European Union? National interest groups in a multilevel polity. *Journal of European Public Policy*, 19(7), 969–987.
- Edenhofer, O., & Jakob, M.** (2019). *Klimapolitik: Ziele, Konflikte, Lösungen* (2. Aufl.). München: C. H. Beck.
- Fridays for Future.** (2020). Fridays for Future. Abgerufen von <https://fridaysforfuture.org>.
Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Friends of the Earth International, Corporate Europe Observatory, La Via Campesina, Jubilee South/Americas, Peace and Justice in Latin America/SERPJA-AL, Polaris Institute, ... World March of Women.** (2012). *Ending corporate capture of the United Nations: Joint Civil Society Statement*. Abgerufen von <https://www.foei.org/wp-content/uploads/2012/06/Statement-on-UN-Corporate-Capture-EN.pdf>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Giddens, A.** (2011). *The Politics of Climate Change* (2. Aufl.). Cambridge: Polity Press.
- Global Policy Forum Europe e. V.** (o. J.). Deutschland und die globale Nachhaltigkeitsagenda. Abgerufen von <https://www.2030report.de/de>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Grigorescu, A.** (2016). The Opening Up of International Organizations: Transnational Access in Global Governance. By Jonas Tallberg, Thomas Sommerer, Theresa Squatrito, and Christer Jönsson. New York: Cambridge University Press, 2013. 334p. \$110.00 cloth, \$39.99 paper. *Perspectives on Politics*, 14(1), 288–290. <https://doi.org/10.1017/s1537592715004302>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Guterres, A.** (2019). Rede von António Guterres auf dem UN-Klimagipfel, New York, am 23.09.2019. Abgerufen von <https://youtu.be/haewHZ8ubKA?t=2761>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Hein, W., Betz, J., Eucker, D., Hein, J., Holstenkamp, L., & Never, B.** (2017). Klimapolitik und Entwicklung. In G. Simonis (Hrsg.), *Handbuch Globale Klimapolitik* (S. 397–448). Paderborn, Stuttgart: Schöningh UTB GmbH.
- Héritier, A.** (2002). New Modes of Governance in Europe: Policy-Making without Legislating? In A. Windhoff-Héritier (Hrsg.), *Common goods. Reinventing European*

and international governance. (S. 185–206). Lanham, Md., USA: Rowman & Littlefield.

Koenig-Archibugi, M., & Zürn, M. (2006). *New Modes of Governance in the Global System: Explaining Publicness, Delegation and Inclusiveness.* New York, USA: Palgrave Macmillan.

Levi-Faur, D. (2012). *The Oxford Handbook of Governance.* Oxford: Oxford University Press.

NBC News. (23.09.2019). Read Greta Thunberg’s full speech at the United Nations Climate Action Summit. *NBC News.* Abgerufen von <https://www.nbcnews.com/news/world/read-greta-thunberg-s-full-speech-united-nations-climate-action-n1057861>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.

Nohlen, D. (2011). Lobby/Lobbyismus. In D. Nohlen & F. Grotz (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik* (S. 347–348). München: C. H. Beck.

Otto, D. (2017). Entstehung und Ausdifferenzierung des UN-Klimaregimes. In G. Simonis (Hrsg.), *Handbuch Globale Klimapolitik* (S. 260–300). Paderborn, Stuttgart: Schöningh UTB GmbH.

Pellow, D. N. (2016). An Unfinished Foundation: The United Nations and Global Environmental Governance. By Ken Conca. New York: Oxford University Press, 2015. *Perspectives on Politics*, 14(4), 1259–1261. <https://doi.org/10.1017/s1537592716003923>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.

Polaris Institute. (o. J.). Homepage. Abgerufen von <https://www.polarisinstitute.org>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.

Rest, J. (2011). Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung. In A. Brunnengraber (Hrsg.), *Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik* (S. 85–105). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Simonis, G. (2017a). Strukturmerkmale des neuen Politikfeldes. In G. Simonis (Hrsg.), *Handbuch Globale Klimapolitik* (S. 176–210). Paderborn, Stuttgart: Schöningh UTB GmbH.

Simonis, G. (2017b). Verflochtene Handlungsebenen. In G. Simonis (Hrsg.), *Handbuch Globale Klimapolitik* (S. 212–259). Paderborn, Stuttgart: Schöningh UTB GmbH.

- Tallberg, J., Sommerer, T., Squatrito, T., & Jönsson, C.** (2013). *The Opening Up of International Organizations: Transnational Access in Global Governance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- United Nations.** (o. J.-a). About the Sustainable Development Goals. Abgerufen von <https://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- United Nations.** (o. J.-b). Goal 7: Ensure Environmental Sustainability. Abgerufen von <https://www.un.org/millenniumgoals/environ.shtml>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- United Nations.** (o. J.-c). United Nations Millennium Development Goals. Abgerufen von <https://www.un.org/millenniumgoals/>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- United Nations.** (o. J.-d). United Nations Millennium Development Goals Background. Abgerufen von <https://www.un.org/millenniumgoals/bkgd.shtml>. Letzter Zugriff: 08.01.20120.
- United Nations.** (o. J.-e). United Nations Overview. Abgerufen von <https://www.un.org/en/sections/about-un/overview/index.html>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- United Nations Framework Convention on Climate Change.** (2020). The Paris Agreement. Abgerufen von <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement>. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- United Nations Global Compact, & AccountAbility.** (2005). *Towards Responsible Lobbying*. Abgerufen von https://www.unglobalcompact.org/docs/news_events/8.1/rl_final.pdf. Letzter Zugriff: 08.01.2020.
- Vogler, J.** (2016). Book reviews: An unfinished foundation: the United Nations and global environmental governance. By Ken Conca. *International Affairs*, 92(6), 1538–1539.
- Wehrmann, I.** (2007). Lobbying in Deutschland – Begriff und Trends. In R. Kleinfeld, A. Zimmer, & U. Willems (Hrsg.), *Lobbying* (S. 36–64). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Weiler, F., & Brändli, M.** (2015). Inside versus outside lobbying: How the institutional framework shapes the lobbying behaviour of interest groups. *European Journal of*

Political Research, 54(4), 745–766. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12106>.
Letzter Zugriff: 08.01.2020.